

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Katina Schubert (LINKE)

vom 17. September 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 17. September 2020)

zum Thema:

Abschiebungs- und Gefährderhaft im Land Berlin

und **Antwort** vom 30. September 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 01. Okt. 2020)

Frau Abgeordnete Katina Schubert (Linke)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/24961
vom 17. September 2020
über Abschiebungs- und Gefährderhaft im Land Berlin

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Welche Personengruppen werden aktuell bzw. wurden seit Inbetriebnahme in der Gefährderhaft in Lichtenrade inhaftiert?

Zu 1.:

Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport hat die Personengruppe näher konkretisiert und dies in der Sitzung des Ausschusses für Inneres, Sicherheit und Ordnung am 12. November 2018 mitgeteilt. Auf das Wortprotokoll der Ausschusssitzung wird verwiesen.

2. Wie ist der Begriff „Gefährder“ definiert und wo ist er gesetzlich normiert?

Zu 2.:

Eine einheitliche Definition des Senats kann nicht mitgeteilt werden, da die Definition jeweils im Sachzusammenhang erfolgt. Eine gesetzliche Normierung liegt nicht vor.

3. Wie viele Personen wurden auf welcher rechtlichen Grundlage seit Inbetriebnahme in der Gefährderhaft in Lichtenrade inhaftiert? (Bitte jeweils konkrete rechtliche Norm benennen.) Wie lang war die jeweilige Haftdauer?

Zu 3.:

Im Zeitraum von der Inbetriebnahme der Abschiebungshafteinrichtung für Gefährder in Berlin am 22. September 2018 bis zum 22. September 2020 wurden insgesamt 49 Personen in der Einrichtung inhaftiert. Die rechtliche Grundlage wird statistisch nicht erfasst.

In 27 Fällen erfolgte die Unterbringung nur für einen Tag. In den übrigen Fällen dauerte die Haft zwei, drei, sechs, sieben, 13, 15, 16, 22, 25, 26 (in zwei Fällen), 28, 30, 34 (in zwei Fällen), 37, 39, 43, 59, 62, 94 und 159 Tage an. Die Unterbringung von mehr als drei Monaten erfolgte aufgrund bei Haftantragstellung nicht vorhersehbaren Schwierigkeiten bei der Abstimmung mit den Herkunftsstaaten.

4. Wie viele davon fielen nicht unter den Begriff „Gefährder“? Wie lange war die jeweilige Haftdauer?

Zu 4.:

In 25 Fällen wurden Personen für maximal 24 Stunden untergebracht mit dem Zweck einer Vorführung bei einer in Berlin ansässigen Botschaft oder zur Überführung in andere Abschiebungshafteinrichtungen im Bundesgebiet.

5. Wie viele Personen wurden seit Inbetriebnahme der Gefährderhaft in Lichtenrade aus der Haftanstalt heraus abgeschoben, wie viele in Freiheit entlassen?

Zu 5.:

Seit der Inbetriebnahme der Abschiebehafteinrichtung für Gefährder Berlin am 22. September 2018 wurden aus dieser 19 Personen abgeschoben und drei Personen entlassen.

6. Auf welcher rechtlichen Grundlage beruhte die Inhaftierung der in Drucksache 18 / 23 172 (Antwort auf Frage 13) benannten Person, die nach Auskunft des Senats gegen eine Wiedereinreiseperrre verstoßen hatte und mehrmals in Zusammenhang mit Bekämpfung von Betäubungsmittelkriminalität aufgegriffen worden sei?

Zu 6.:

Die Inhaftierung erfolgte auf Grundlage von § 62 Abs. 3 Nr. 1 AufenthG.

7. Für wie viele Personen wurden seitens des Landesamts für Einwanderung bzw. der ehemaligen Berliner Ausländerbehörde im Zeitraum von 2019 bis dato Haftanträge nach § 62 Abs. 2, § 62 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1, § 62 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2, § 62 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 AufenthG gestellt? Falls aufgrund fehlender statistischer Erfassung keine Antwort möglich sein sollte: Warum wird dies statistisch nicht erfasst? Ist eine künftige statistische Erfassung vorgesehen?
8. Für wie viele Personen wurden seitens des Landesamts für Einwanderung bzw. der ehemaligen Berliner Ausländerbehörde im Zeitraum von 2019 bis dato Haftanträge nach § 62b Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, § 62b Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, § 62b Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 AufenthG gestellt? Falls aufgrund fehlender statistischer Erfassung keine Antwort möglich sein sollte: Warum wird dies statistisch nicht erfasst? Ist eine künftige statistische Erfassung vorgesehen?
9. Wie viele Personen wurden auf Veranlassung des Landesamts für Einwanderung bzw. der ehemaligen Berliner Ausländerbehörde im Zeitraum von 2019 bis dato nach § 62b Abs. 4 AufenthG vorläufig in Gewahrsam genommen?
10. Welche Hafteinrichtungen anderer Bundesländer hat das Landesamt für Einwanderung bzw. die ehemalige Berliner Ausländerbehörde im Zeitraum von 2019 bis dato im Rahmen der Amtshilfe für den Vollzug von Abschiebungshaft oder Ausreisegewahrsam genutzt?

Zu 7. - 10:

Diese Daten werden statistisch nicht erfasst. Eine statistische Erfassung ist auch nicht beabsichtigt, weil der Aufwand der Erfassung außer Verhältnis zum Erkenntnisgewinn stehen würde. Die Erfassung hätte zudem keine praktische Relevanz für das Landesamt für Einwanderung.

11. Wie beurteilt der Senat seine Bestrebungen, sich – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – bundesweit für die Abschaffung von Abschiebungshaft einzusetzen? Welchen Zeitplan verfolgt der Senat im Hinblick auf eine mögliche Bundesratsinitiative?

Zu 11.:

Abschiebungshaft wird in der hiesigen Praxis nur als ultima ratio in besonderen Einzelfällen beantragt. Der Senat hat nach dem Anschlag am Breitscheidplatz unverzüg-

lich reagiert und Konsequenzen gezogen. Anfang 2017 hat er ein Präventions- und Sicherheitspaket beschlossen. Damit hat der Senat sich zu einer konsequenten Nutzung der Abschiebungshaft für Personen mit besonderem Gefährdungspotenzial bekannt. Vor diesem Hintergrund verzichtet der Senat auf eine Bundesratsinitiative zur vollständigen Abschaffung der Abschiebungshaft.

Berlin, den 30. September 2020

In Vertretung

Torsten Akmann
Senatsverwaltung für Inneres und Sport